



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/144 - 28. Juni 1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24831-33
Fernschreiber 0886890

Hinweise
auf den Inhalt:

Zur Moskauer Note	S. 1
Die Internationale kommt nach Wien	S. 2
Der Bundeswirtschaftsminister über den "Mittelstand"	S. 4
Zu General Norstads Interview	S. 6
Erschreckendes Wohnungsbaudefizit - trotz Wirtschaftswunder	S. 7

Alte Noten - alte Kommentare

FB. Es ist ein miesliches Verfahren, wenn man gezwungen wird, indirekt zu einer Note Stellung zu nehmen, deren Text offiziell noch nicht vorliegt, die aber bereits offiziell von der Bundesregierung kommentiert wird.

Deshalb ist es nur möglich, auf die Äußerungen des Bundespressescheffs einzugehen vorbehaltlich der Tatsache, dass von Eckart in der Wiedergabe von Texten nicht die Quelle ist, der man unbedingt Objektivität bescheinigen könnte.

Herr von Eckart hat die These aufgestellt, dass die Ausrüstung der Bundesrepublik mit atomaren Waffen, im Gegensatz zur sowjetischen Ansicht, nicht aktuell sei und dass die Bundesregierung einer verbindlichen Entscheidung über die atomare Bewaffnung hoffentlich entzogen wird, wenn die Londoner Abrüstungsverhandlungen zu einem günstigen Ergebnis führen.

Diese Darstellung des Regierungsprescendens widerspricht der Wahrheit. In der Tat ist es so, dass die tatsächliche Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen heute oder morgen aus technischen Gründen nicht vorgenommen werden wird. Die politische Entscheidung jedoch - und darauf kommt es doch an - ist bereits gefallen und sie lautet: Die Bundeswehr soll mit atomaren Waffen ausgerüstet werden. Das heisst die Bevölkerung täuschen zu wollen, denn auch über Entscheidung über die allgemeine Wehrpflicht, die zunächst eine rein politische Entscheidung war, ist nicht unmittelbar die Einziehung von Rekruten erfolgt. Die politischen Wirkungen haben sich zum Zeitpunkt des politischen Beschlusses eingestellt und nicht am 1. April 1957, als die ersten Wehrpflichtigen in die Kasernen einrückten.

In der Frage der atomaren Bewaffnung ist es eine Tatsache, dass der Atlantikrat 1954 einstimmig beschlossen hat, im Falle eines Angriffes auf die freie Welt Atomwaffen einzusetzen. Es ist weiter eine Tatsache, dass sich die Bundesrepublik diesem Beschluss, als sie - 1a -

28. Juni 1957

der NATO beitrug, angeschlossen hat. Es ist wieder eine Tatsache, dass der Bundeskanzler anlässlich der NATO-Konferenz Anfang Mai 1957 in Bonn erklärt hat, dass die Bundesregierung den "vollen NATO-Beitrag leisten" will. Der volle NATO-Beitrag aber bedeutet auch atomare Bewaffnung. Das Schluss-Kommuniqué dieser NATO-Konferenz spricht davon, dass das atlantische Bündnis mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln jeden Angriff beantworten will und dass es das nur kann, "wenn es über die modernsten Verteidigungsmittel verfügt". Wenn Worte also noch einen Sinn haben, dann ist die politische Entscheidung bereits gefallen, ganz abgesehen davon, dass im Europarat die Vertreter der CDU für die atomare Bewaffnung auch der Bundesrepublik gestimmt haben.

Und hier trennen sich die politischen Wege zwischen Regierung und Opposition, ganz unabhängig davon, was in der sowjetischen Note steht. Die Sozialdemokratische Partei ist der Meinung, dass eine atomare Aufrüstung der Bundesrepublik, die im übrigen keine Sicherheit gibt, wie Herr von Eckart es behauptet, sondern für ganz Deutschland den Vernichtungstod heraufbeschwört, auch in der Tat die Wiedervereinigung in immer weitere Ferne rückt.

Welche Folgerungen also sind für die deutsche Politik nach sozialdemokratischer Ansicht zu ziehen?

1. Es sind alle Bestrebungen zu fördern, die der Londoner Aufrüstungskonferenz zu einem Erfolg verhelfen.
2. Diesen Bestrebungen kann der beste Dienst erwiesen werden, wenn die Bundesrepublik nicht atomar aufrüstet und wenn sie die beiden entscheidenden Partner auf deutschem Boden, die Amerikaner und die Sowjets, veranlasst, darüber zu verhandeln, dass auf deutschem Boden zu beiden Seiten der Elbe keine atomaren Waffen gelagert werden.
3. Dass die deutsche Bundesregierung endlich einen Plan vorlegt, der ein europäisches Sicherheitssystem sinnvoll mit der Frage der Wiedervereinigung verbindet.

In der ersten Reaktion auf die sowjetische Note wurde von Regierungsseite Donnerstagabend erklärt, dass diese Note leider in der Frage der Wiedervereinigung keine neuen Gesichtspunkte bringe. Dem mag so sein; und ohne Frage hat sich der sowjetische Standpunkt hier in der letzten Zeit nicht geändert. Aber warum machte es Bonn den Russen so leicht? Weil auch die Bundesregierung immer und ewig die abgeleiteten Thesen wiederholte, die erwiesenermaßen nicht zur Einheit Deutschlands führen und die den Sowjets gestattet, mit eben solchen unfruchtbaren Thesen, wie wir sie seit Jahr und Tag hören, zu antworten.

Nur ist zu bedenken, dass die Sowjetunion sich in der besseren Position befindet, ihr der Wind nicht ins Gesicht bläst und sie die Spaltung Deutschlands besser als wir aushalten kann. Deswegen geht ja der sozialdemokratische Kampf darum, dass die deutsche Bundesregierung und ihre westlichen Partner durch einen neuen Vorschlag diesen tödlichen Kreislauf der immer gleichen Worte brechen und die sowjetische Regierung vor eine neue Lage stellen. Das wird man aber nur dann erreichen, wenn ein konstruktiver Vorschlag im Sinne der sozialdemokratischen Alternative des europäischen Sicherheitssystems vorgebracht wird. Von Klimaverschlechterung zu reden nützt niemandem, wenn man auf beiden Seiten dieses Klima immer wieder mit den alten abgestandenen Rezepten erzeugt.

Abordnungen aus vier Kontinenten

Zu dem Wiener Kongress der Sozialistischen Internationale (2. bis 6. Juli) werden Delegierte Afrika, Amerika, Asien und Europa kommen. Zahlreiche Mitgliedsparteien haben ihre Delegationen schon bekanntgegeben. Manche Delegierte haben über ihr Land hinaus in der Weltpolitik Bedeutung.

Das trifft u.a. auch für den Führer der englischen Arbeiterpartei, Hugh Gaitskell, zu; er war in der Regierung Attlee Schatzkanzler und dürfte nach den nächsten Wahlen Premierminister Englands werden. Der englischen Delegation gehört auch der Außenminister des "Schattenkabinetts" (der künftigen Labour-Regierung), Aneurin Bevan, an. Weitere Mitglieder der englischen Delegation sind die diesjährige Vorsitzende der Arbeiterpartei, Margaret Herbertson, der Generalsekretär der Partei und Vorsitzende der Sozialistischen Internationale, Morgan Philips, und der Bergarbeiterführer Sam Watson.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wird eine starke Delegation mit Erich Ellenhauer, dem Führer der deutschen Opposition, an der Spitze entsenden. Ihr gehören die Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes, Willy Eichler, Fritz Heine, Alfred Nau, Max Kukil, Herta Gotthelf und die Bundestagsabgeordnete Herber Wehner, Fritz Erlor sowie der Auslandsreferent des PD, Heinz Patzrath, an.

Auch die französische Sozialistische Partei hat eine starke Delegation angemeldet. Ein Mitglied ist der ehemalige Innenminister Jules Moch; er spielt seit Jahren eine führende Rolle in der internationalen Abrüstungskommission der Vereinten Nationen. Ein anderes Mitglied der Delegation ist der stellvertretende Generalsekretär Pierre Commin. Wenn es ihre Zeit erlaubt, werden zu dem Kongress auch Außenminister Christian Pineau und Sozialminister Albert Gazier kommen.

Die Delegiertenliste der Sozialistischen Partei Belgiens enthält unter anderen die Namen des Parteivorsitzenden Max Buset und des Außenministers Victor Laroock. Die Delegation der Sozialdemokratischen Partei Dänemarks wird von dem ehemaligen Verteidigungsminister Alsing Andersen geführt, dem derzeitigen Vorsitzenden der Kommission der Vereinten Nationen zur Untersuchung der Vorgänge in Ungarn.

Die holländische Partei der Arbeit wird u.a. durch den Parteivorsitzenden Evert Vermeer und den stellvertretenden Vorsitzenden Hendrik Vos vertreten sein; der Delegation der norwegischen Arbeiterpartei werden Finn Moe und Rakel Sewerin angehören. Finn Moe hat sein Land wiederholt bei den Vereinten Nationen vertreten. Zu den Mitgliedern der schwedischen Delegation gehören der Finanzminister Gunnar Sträng und der Chefredakteur und ehemalige internationale Sekretär der schwedischen Partei, Kaj Björk. Die Schweizer Delegation wird von dem Parteivorsitzenden Walter Bringolf geführt.

Israel entsendet die einzige Außenministerin der Welt

Unter den Delegierten aus asiatischen Ländern ist die israelische Außenministerin Golda Meir international am bekanntesten. Sie wird zusammen mit drei Parteifreunden die Mapai, die Sozialdemokratische Partei ihres Landes, vertreten. Aus Asien kommen ferner

28. Juni 1957

Acharya Kripalani, der Führer der Sozialisten im indischen Parlament, Senator Kiniko Abe (Japan), Dr. Tandiono Maru (Indonesien) und Hla Aung (Burma). Die beiden letzteren sind die offiziellen Delegierten der Sozialistischen Asienkonferenz, das ist die Vereinigung der sozialistischen Parteien Asiens, die angesichts der Entwicklung in diesem Erdteil eine sehr grosse Bedeutung hat.

Die Teilnahme dieser Delegierten und der Vertreter von Parteien und Gruppen aus den Vereinigten Staaten, aus Kanada und aus südamerikanischen Ländern zeigt, dass die Sozialistische Internationale wirklich die ganze Welt umspannt.

Die Parteien der von den Kommunisten Vertriebenen

Vor dem Kongress wird eine Gruppe von Delegationen eine Sondertagung abhalten: die Vertreter jener Parteien, die sich zur Sozialistischen Union Mittel- und Osteuropas zusammengeschlossen haben. Das sind die sozialdemokratischen Parteien der Tschechoslowakei, Bulgariens, Estlands, Lettlands, Litauens, Ungarns, Polens und Jugoslawiens. Sie werden die besonderen Probleme ihrer von den Kommunisten unterjochten Länder besprechen.

Ein Jubiläum des Kampfes der Frauen

Vor dem Kongress wird auch der Internationale Rat der sozialdemokratischen Frauen, die Sozialistische Fraueninternationale, tagen. Die Fraueninternationale feiert damit gleichzeitig ein Jubiläum. Im August 1907 trat in Stuttgart in Verbindung mit einem internationalen Sozialistenkongress zum erstemal eine internationale sozialistische Frauenkonferenz zusammen. Das war damals, vor fünfzig Jahren, als die Frauen erst in zwei Ländern, in Finnland und in Norwegen, das Wahlrecht hatten, ein ganz ausserordentliches Ereignis. An die Spitze der Forderungen, die die Frauen bei dieser Tagung erhoben, wurde das Verlangen nach staatsbürgerlicher Gleichberechtigung, nach dem Frauenwahlrecht, gestellt.

* * *

Sender Stockholm:

Kommunistisches Lager rüstet moralisch auf

"Im kommunistischen Lager spielt sich gegenwärtig eine moralische Aufrüstung ab, die auf drei Erfahrungen beruht: 1.) Zunehmende Beweise für eine steigende Opposition in China, 2.) relativer Erfolg des polnischen Experimentes eines nationalen Kommunismus, 3.) die blutige Entscheidung in Ungarn. - Die neue Mao-Doktrin hat offenbar zum Ziel, 1.) die innere Opposition zu dämpfen, 2.) eine Formel zu finden, um die Risse im kommunistischen Block zu kitten; 3.) ist es ziemlich klar, dass Chruschtschows Eingeständnis eines ideologischen Konflikts zwischen Peking und Moskau die Kreise im Westen stützt, die auf eine Revision der amerikanischen China-Politik drängen. - Maos Besuch in Osteuropa wird daher eine 'kitzlige' Sache. Er kann versuchen, die Kreise im Westen zu stärken, die eine Normalisierung der Beziehungen anstrebt. Aber man hat natürlich deshalb noch kein Recht, zu erwarten, dass er die Achse Peking-Moskau allzu starken Belastungen aussetzen wird. Mao navigiert nach eigener Besteck, bleibt aber im abgesteckten Fahrwasser der kommunistischen Welt."

* * *

- 4 -

Masse, "Mittelstand" und Demokratie

Bo. Ludwig Erhard, Bundeswirtschaftsminister, weicht den Problemen nicht aus. Wenn es gilt, eine Wahl zu gewinnen, dann stellt er sich dem Problem. Wenn es gilt, Stimmen in den nach Millionen zählenden Angehörigen der Mittelschichten zu fangen, dann tritt Erhard auf den Plan. Der "Mittelstandsausschuss" des Bundestages hatte ihn angerufen, und der Bundeswirtschaftsminister hatte keine Zeit. Aber das war mitten in der Legislaturperiode. Jetzt kommen Neuwahlen, jetzt hat Erhard Zeit, jetzt setzt er sich hin und schreibt für die Sonntagsnummer der "Welt" einen Dreispalter über den "Mittelstand".

Drei Spalten über eine ganze Zeitungseite hinweg, das ist viel Text. Und da man selbst auch nicht viel Zeit hat und zudem begierig auf die Konklusion ist, so liest man den letzten Absatz zuerst. "Wäre das mittelständische Problem nur eine materielle oder finanzielle Frage, dann würde und müsste eine Lösung schnell gefunden werden. Das Mittelstandsproblem aber ist ein solches gesellschaftspolitischer Art, was zugleich besagt, dass es keine rationell ausgeklügelte Patentlösung geben kann, sondern alles darauf ankommt, diese schicksalhafte Weichenstellung, der wir uns unentrinnbar nähern, vor dem wachen Bewusstsein aller Menschen zu einer geistigen Auseinandersetzung hinzuführen."

Soweit Ludwig Erhard. Der Leser stellt also mit Enttäuschung fest, dass es für das ihn interessierende Problem keine Lösung, zumindest keine "rationell ausgeklügelte", also keine mit dem Verstand zu findende Lösung gibt. Er versteht nun besser, warum Erhard so gern bei Mittelstandsausschuss-Sitzungen kneift, wo es darum geht, den Verstand anzu-strengen, um materielle und finanzielle Lösungen zu finden. Aber er ist doch auf die "geistige Auseinandersetzung" so neugierig geworden, dass er nun den ganzen Artikel liest.

Er findet da einiges Richtige. Zum Beispiel diesen Satz: "So notwendig es also auch immer sein mag, von Staats wegen heilend und helfend einzugreifen, so würde doch der beste Wille und selbst ein grosser materieller Aufwand nicht zum Ziele führen können, wenn nicht der Verbraucher - und das will hier heissen das ganze deutsche Volk - willens ist und willens bleibt, die spezifische Leistung des Mittelstandes zu akzeptieren und auch entsprechend zu honorieren." Hieraus den Schluss

28. Juni 1957

zu ziehen, dass die Massenkaufkraft gesteigert, also Löhne und Gehälter erhöht werden müssen, damit der Verbrauch materiell imstande ist, "die spezifische Leistung des Mittelstandes" materiell zu honorieren, das ist nicht schwer. Leider zieht der Bundeswirtschaftsminister diesen Schluss nicht selbst, sondern betätigte sich, Fachmann auf allen Gebieten, als Psychologe: "Über den Augenblick hinaus, d.h. auf etwas längere Sicht, ist die Frage der Erhaltung eines lebens- und leistungsfähigen Mittelstandes weniger ein materielles und finanzielles denn ein geistig-seelisches Problem."

Ludwig Erhard hat es mit dem Geistig-Seelischen. Der Mann der Großwirtschaft, die ohne Mengenkonjunktur nicht leben kann, hat dem Massenkonsum gegenüber so seine Bedenken: "Die moderne Massendemokratie mit dem Hang, Drang oder Zwang für Massenproduktion, zur Serienfertigung, zur Normierung und Typisierung führt mindestens tendenziell zu einem Massenkonsum und damit auch zu einer bedenklichen Vereinheitlichung der äusseren Lebensformen und Lebensgewohnheiten." Diesen Satz aber muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Da steckt allerhand drin. Nicht nur Verachtung für die Masse. Der Satz spricht ganz deutlich, wenn auch mit dem zweifelhaften Ausdruck "Massendemokratie", von der Demokratie, die wir jetzt haben, und er sagt für jeden, der zu lesen versteht, dass diese Demokratie zu einer bedenklichen Vereinheitlichung führt, also "bedenklich" ist.

Ist es nicht bedenklich, wenn einen Bundesminister so etwas aus der Feder fließt? Was dabei vor allem zu bedenken ist, ist die boshafte Art, in der hier eine Begleiterscheinung der modernen Technik und Wirtschaft, die Serienfertigung, als schädlich für den "Mittelstand" hingestellt und dann für diesen Schaden - die Demokratie verantwortlich gemacht wird!

"Geistig-seelisches" Gerede und ein versteckter Angriff auf die Demokratie - das ist die letzte Ausflucht eines Bundeswirtschaftsministers, der sich selbst einmal als den "Mittelstandsminister" bezeichnet hat und in dessen Ära es die selbständigen Existenzen in der Bundesrepublik so weit gebracht haben, dass, wie kürzlich bundesamtlich festgestellt wurde, zwei Millionen von ihnen ein Jahreseinkommen unter 6.000 DM haben.

Verzicht auf eine Wiedervereinigungspolitik

ler.: In seinem berühmten Fernsehinterview mit der amerikanischen Rundfunk- und Fernsehgesellschaft "Columbia Broadcasting System" hatte der Generalsekretär der russischen Kommunisten, Chruschtschow, auch die Frage eines gegenseitigen Truppenabzuges aus Europa aufgeworfen. Er sagte, die Sowjetunion würde ihre Truppen aus Ostdeutschland, Polen, Ungarn und Rumänien wegführen, wenn andererseits auch die Vereinigten Staaten ihre Truppen aus der Bundesrepublik Deutschland und anderen westlichen Ländern abzögen.

Zu diesem kühnen Vorschlag ist bisher noch keine offizielle Äußerung einer westlichen Regierung erfolgt. Das ist erstaunlich. Bisher galt es doch in der westlichen Welt als ein Faktum, im Falle eines russischen Truppenabzuges aus Osteuropa würde das dort in diesen Ländern bestehende kommunistische System zusammenbrechen. Damit wäre doch ein wesentliches Ziel der amerikanischen Eindämmungspolitik erfüllt. Konnte Chruschtschow diesen Vorschlag vor amerikanischen Reportern deshalb in die Welt setzen, weil er selbst davon ausging, dass die Westmächte ihn gegenwärtig und für lange Zeit nicht annehmen werden? Kein verantwortlicher Staatsmann des Westens ist bisher darauf eingegangen, nahm den Generalsekretär der russischen Kommunisten beim Wort. Die Anregung des USA-Senators Knowland, Norwegen aus der NATO im Austausch gegen die Lösung Ungarns vom Warschauer Pakt zu entlassen, wurde vom offiziellen Washington als eine Ausgeburt allzu üppiger Phantasie recht bald zurückgewiesen. Die Truppen der Roten Armee können sich noch recht lange in ihren ost- und mitteleuropäischen Standquartieren häuslich einrichten, sie brauchen das Wort Chruschtschows nicht zu fürchten; der Westen hat sich anscheinend damit abgefunden.

Zumindest lassen die letzten Bemerkungen des rotseligen NATO-Oberbefehlshabers, General Norstadt, solche Schlussfolgerungen zu. Für ihn kommt ein amerikanischer Truppenabzug aus der Bundesrepublik überhaupt nicht in Frage, auch wenn die sowjetrussischen Truppen aus Mitteldeutschland verschwänden. Die USA-Truppen wollen bleiben, um der Sicherheit der NATO willen. Ein Abkommen über gegenseitigen Truppenabzug von deutschem Boden verschaffe keinerlei Sicherheit, es ist, immer noch Norstadt, schlichtweg unsinnig. Man muss diese Bemerkung, die die Ansicht eines sehr bedeutenden NATO-Generals widerspiegelt, so nehmen, wie sie

gefallen ist. Auf ihren Kern zurückgeführt, bedeutet dies, dass russisch-amerikanische Truppen an der Zonengrenze sich ständig in das Weisse ihrer Augen blicken sollen.

General Norstadt wird gewiss nicht des Glaubens sein, die Rote Armee würde aus Mitteldeutschland verschwinden, wenn ihre Gegenspieler auf deutschem Boden verbleiben. Soll denn, ergibt sich daraus die weitere und sehr schwerwiegende Frage, das gesplittete Deutschland ewig besetzt bleiben? Wie denkt sich denn der NATO-Oberbefehlshaber General Norstadt eine deutsche Wiedervereinigung? Existiert sie nicht in seinen und der NATO Pläne? Und was sagt Bonn dazu? Ist es mit Norstadt einer Meinung?

* * *

Alarmierende Zahlen

sp- In ganzen Bundesgebiet warten 1,8 Millionen Familien auf die Erstellung einer Wohnung. In Hamburg allein sind immer noch 160 000 Familien ohne ein menschenwürdiges Heim. Es müssten viele Jahre lang jährlich wie bisher 25 000 Wohnungen gebaut werden, um nur den anstehenden Bedarf zu berücksichtigen.

Diese Zahlen, auf einer Richtfeier der Gemeinnützigen Wohnungs- und Siedlungsbezugs-Gesellschaft in Hamburg, "Neue Heimat", bekanntgegeben, beleuchten die Lage auf dem Wohnungsmarkt. Sie verträgt keine Beschönigung. Bundeswohnungsbauminister Preußner hatte zwar bei der Übernahme seines Amtes angekündigt, er werde während seiner Ministertätigkeit dafür sorgen, dass in einer dritten Bundesregierung ein Wohnungsbauministerium nicht mehr nötig sei, aber er selbst und die Regierung taten alles, um sich recht weit von der Erfüllung dieses Zieles zu entfernen. Der soziale Wohnungsbaue als Gemeinschaftsleistung von Regierung und Opposition steckt heute in einer schweren Krise. Längst sind die Gemeinden dank der Kapital- und Finanzpolitik der gegenwärtigen Regierung nicht mehr in der Lage, das frühere Bautempo beizubehalten. Die unter Preußner vollzogene Verlagerung der öffentlichen Zuschüsse vom sozialen Wohnungs- auf den Eigenheimbau lässt Hunderttausende Familien für viele Jahre ohne Hoffnung auf eine menschenwürdige Unterbringung. Dazu kommt eine weitere Erschwernis für die Gemeinden durch die Übernahme von Lasten für den Luftschutz; das Geld für den sozialen Wohnungsbau wird in der Zukunft noch spärlicher fließen.

Trotzdem denkt die Regierung daran, die Mieten in absehbarer Zeit freizugeben, weil sie davon ausgeht, Ende 1959 werde das Wohnungdefizit beseitigt sein. Die Folgen einer solchen Verkennung der Wirklichkeit werden freilich nicht ausbleiben.

* * *

Verantwortlich: i.V. Albert Exler